

Interpellation Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Skandal bei der Vergabe von günstigem Wohnraum! Wer ist für das Desaster Verantwortlich und wie geht es weiter?

Aus den Medien und danach auch durch den Gemeinderat durften wir erfahren, dass es in der Verwaltung bei dem günstigen Wohnraum zu massivem Missbrauch in den letzten Jahren gekommen ist. Der Schaden für die Stadt Bern geht in die Millionen von Franken!

Im Namen der Fraktion SVP möchte ich den Gemeinderat bitten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Lehren zieht der Gemeinderat aus dem Skandal?
2. Wer trägt die Hauptschuld an diesem Desaster?
3. Wurde in den Jahren 2008 bis 2014 verbilligter Wohnraum an Angestellte der Stadtverwaltung vermietet? Wenn Ja, haben diese die Kriterien erfüllt, um den günstigen Wohnraum zu beziehen. Wenn nicht, weshalb erhielten sie trotzdem günstigen Wohnraum?
4. Gab oder gibt es im gleichen Zeitraum Mietverhältnisse mit Personen die beim Kanton oder dem Bund angestellt sind oder waren und die die Kriterien nicht erfüllen oder erfüllt haben (2008–2014)?
5. Wird der Skandal personelle Konsequenzen in der Stadtverwaltung nach sich ziehen? Wenn nicht, weshalb nicht?
6. Wer hat die betroffenen Liegenschaften verwaltet?
7. Werden Liegenschaften mit günstigem Wohnraum auch durch externe Verwaltungen betreut? Wenn Ja, wer sind dies Verwaltungen und können sie für einen allfälligen Schaden diesbezüglich haftbar gemacht werden.
8. Wie will der Gemeinderat die Millionenausfälle für die Stadtkasse zurückfordern?
9. Ist der Gemeinderat bereit, einen Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung zu vollziehen? Wenn nicht, weshalb nicht?
10. Ändert der Gemeinderat den Kriterienkatalog zum Bezug von günstigem Wohnraum und wie sieht der neue Kriterienkatalog aus?
11. Ist der Gemeinderat gewillt, bei fehlbaren Stadtbeamten, denen ein fehlbares Verhalten nachgewiesen werden kann, Regress zu nehmen? Wenn nicht weshalb nicht?

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Millionenschaden von selbst! Klärungs- und Handlungsbedarf um das Vertrauen in die Verwaltung und den Gemeinderat wieder zu stärken, ist ein Muss!

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 27. Februar 2014

Erstunterzeichnende: Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Karin Hess-Meyer, Kurt Rügsegger, Ueli Jaisli, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Simon Glauser